



Inhalt Dez 2013 / Jan 2014

Seite 1

RUCK GEGEN RECHTS

Workshop des Kumpelvereins zu den Konsequenzen aus der NSU-Affäre

ZU SPÄT - NICHT GANZ

17. Januar Einsendeschluß für den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“

Seite 2

ANTIRASSISTISCHE ARBEIT EIN NOTWENDIGER SCHWERPUNKT

Bundesjugendkonferenz des DGB tagte in Berlin

NGG UNTERSTÜTZT DIE „GELBE HAND“

Beschluss des Ordentlichen Gewerkschaftstags

DEMOKRATIE FÖRDERN, RASSISMUS BEKÄMPFEN

Veranstaltung im IG-BCE-Hauptverwaltung Hannover

Seite 3

BAHN-AZUBIS GEGEN HASS & GEWALT

EVG weiter dabei

BILDUNG GEGEN RASSISMUS

Seminare des DGB Bildungswerks und des Kumpelvereins

RASSISMUS ÜBERWINDEN

DGB und der Zentralrat der Juden fordern Bundesprogramm gegen Rassismus

Seite 4

DISKREMINIERUNG NICHT HINNEHMBAR

Niedersachsen unterzeichnet Absichtserklärung der ADS

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

RUCK GEGEN RECHTS

Workshop des Kumpelvereins zu den Konsequenzen aus der NSU-Affäre



„Haben wir versagt? Konsequenzen aus der NSU-Affäre“ war das Thema eines Workshops, der am 29. und 30. November 2013 im DGB-Tagungszentrum im nordrhein-westfälischen Hattingen stattfand. Eingeladen hatte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“. Rund 50 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Gewerkschaften und NGOs diskutierten engagiert über Mittel und Wege, rassistische und rechtsradikale Strömungen erfolgreich zu bekämpfen.

Im Mittelpunkt des ersten Tages stand eine Podiumsdiskussion, bei der die Mordserie des NSU und das offenkundige Versagen der Sicherheitsbehörden thematisiert wurden. Eindruck hinterließen die Schilderungen von Mitat Özdemir, der das Nagelbombenattentat in der Kölner Keupstraße im Juni 2004 miterleben musste. Er beklagte die Arbeit der Ermittlungsbehörden, bei der die Opfer in eine mögliche Täterrecke gedrängt wurden.

Für den früheren innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dieter Wiefelspütz, war die Arbeit

der Behörden geprägt von „Inkompetenz, Dummheit und menschlichem Versagen“. An Verschwörungstheorien, so Wiefelspütz, der für den erkrankten Sebastian Edathy eingesprungen war, glaube er nicht. Verena Schäffer (NRW-Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/ Die Grünen) und Sandro Witt (Gewerkschaftssekretär im DGB-Bezirk Hessen/Thüringen) relativierten den Begriff Inkompetenz. Sie verwiesen auf Beispiele, bei denen zivilgesellschaftliches Engagement gegen Nazi-Aufmärsche von der Polizei massiv behindert oder gänzlich unterbunden wurde. Dies sei nicht einfach mit Inkompetenz zu erklären.

Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins, verwies darauf, dass junge Gewerkschafter mehrfach auf den Terror durch Nazis in Thüringen hingewiesen haben, dies aber nicht genügend wahrgenommen und nicht frühzeitig gehandelt wurde.

Der Vorsitzende des Kumpelvereins verwies aber auch darauf, dass bei aller Wichtigkeit schneller vorurteilsfreier Ermittlungen, Festnahmen und

so weiter eine „rein polizeiliche Antwort entschieden zu kurz greift“. Und er erinnerte an einen Satz des Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dieter Graumann, der nach Bekanntwerden der NSU-Morde forderte: „Wir brauchen einen resoluten Ruck gegen rechts.“ Das sei aus Sicht des Kumpelvereins nach wie vor aktuell.

Wie ein Beitrag zu diesem Ruck gegen Rechts geleistet werden kann, wurde am zweiten Tag des Workshops diskutiert. Es ging konkret um „Aktivitäten gegen Rechts in der Arbeitswelt – Konzepte für die Zukunft“. Drei Arbeitsgruppen befassten sich dabei mit den Aspekten Bildungsarbeit, Arbeit in Betrieben und Präsenz auf Veranstaltungen, Straßen und Plätzen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen, etwa Optimierung der Bildungsarbeit, werden noch weiter diskutiert werden und auch Eingang in die praktische Arbeit finden.

Die Podiumsdiskussion kann auf der Seite www.gelbehand.de in einer Audio-Datei nachgehört werden.

ZU SPÄT - NICHT GANZ

17. Januar Einsendeschluß für den Wettbewerb „Die Gelbe Hand“

Es ist gerade noch ein Monat Zeit für die Teilnahme am Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ 2013/2014. Jetzt müssen sich auch die Coolen – Motto: Knapp ist immer noch reichlich – ranhalten. Bis zum 17. Januar 2014 müssen die Wettbewerbsbeiträge, die ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und für ein solidarisches Miteinander thematisieren eingereicht werden. Zur Teilnahme aufgerufen sind Mitglieder der Gewerkschaftsjugend, Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen/-kollegs und alle Jugendlichen, die sich derzeit in einer beruflichen Ausbildung befinden sowie Auszubildende und Beschäftigte aus Betrieben und Verwaltungen.

Weitere Informationen zum Wettbewerb unter:

www.gelbehand.de/wettbewerb



Die Gelbe Hand
WETTBEWERB
2013/2014
Aktiv gegen Rassismus
und Rechtsextremismus
in der Arbeitswelt



ANTIRASSISTISCHE ARBEIT EIN NOTWENDIGER SCHWERPUNKT

Bundesjugendkonferenz des DGB tagte in Berlin



Vom 8. bis 10. November 2013 fand unter dem Motto „Zukunft gemeinsam gestalten“ in Berlin die Bundesjugendkonferenz (BJK) des DGB statt. Rund 250 junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hatten sich getroffen, um inhaltliche Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Jahre festzulegen. Die BJK ist das höchste beschlussfassende Gremium der Gewerkschaftsjugend, in das alle vier Jahre die Jugendverbände der acht Mitgliedsorganisationen Delegierte entsenden.

In dem beschlossenen Leit Antrag „Gegen Rassismus und gruppen-

bezogene Menschenfeindlichkeit“ plädiert die BJK für ein „friedliches, gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenleben aller Menschen“. Diese Sichtweise ist prägend: „Die Gewerkschaftsjugend wird auch weiterhin jede Erscheinungsform menschenverachtender Einstellungen bekämpfen. Antirassistische Arbeit bleibt ein notwendiger Schwerpunkt der DGB-Jugend-Arbeit in Betrieben, (Berufs-) Schulen, Universitäten und in der Gesellschaft.“

Die Gewerkschaftsjugend sieht ihr Engagement gegen Rassismus auch als Auftrag, der sich aus der deutschen Geschichte ergibt. In dem Beschluss wird an die unvergleichbaren „Verbrechen und die Unmenschlichkeit des Nationalsozialismus“ verwiesen. Die Schlussfolgerung

daraus: „Aus der Erinnerung an die Verbrechen entsteht für die heutigen Generationen aber auch die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass sich die Verbrechen des Nationalsozialismus nie wiederholen.“ Am zweiten Konferenztag – dem 9. November – jährte sich zum 75. Mal die Reichspogromnacht und damit der Beginn des Holocaust an den Juden in Europa. Für die Bundesjugendkonferenz war das Anlass, das antifaschistische Selbstverständnis der Gewerkschaften zu bekräftigen und den Opfern der Shoah mit einer Schweigeminute zu gedenken.

In der praktischen Arbeit für eine solidarische Gesellschaft bewertet die Gewerkschaftsjugend auch „Aktionen des Zivilen Ungehorsams als legitime Aktionen in gesellschaftli-

chen und betrieblichen Auseinandersetzungen“, die es in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung immer gegeben habe, etwa bei der Durchsetzung des Streikrechts. Vor diesem Hintergrund werden auch die Blockadeaktionen gegen Naziaufmärsche in den letzten Jahren als legitime Aktionsform bewertet, die friedlich ablaufen muss: „Bei einer Beteiligung der Gewerkschaftsjugend an Aktionen des Zivilen Ungehorsams ist dabei klar, dass wir jede gewaltsame Eskalation grundsätzlich ablehnen und sich unsere Aktivitäten nicht gegen die Polizei richten.“

Die Beschlüsse der Bundesjugendkonferenz des DGB werden im Januar auf der Internetseite www.jugend.dgb.de veröffentlicht.

NGG UNTERSTÜTZT DIE „GELBE HAND“

Beschluss des Ordentlichen Gewerkschaftstags



Die neue NGG-Vorsitzende Michaela Rosenberger mit Giovanni Pollice

Vom 11. bis 14. November fand in Berlin der 16. Ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten statt. Die rund 170 Delegierten berieten insgesamt 163 Anträge, vier Initiativanträge und zwei Resolutionen. Neben gesetzlichem Mindestlohn von 8,50 Euro, der Abschaffung der Rente mit 67, Equal Pay für Leiharbeiter und Werkverträge und anderen sozialpolitischen Fragen war auch der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ ein Thema.

In einem beschlossenen Antrag heißt es: „Mit einem regelmäßigen News-

letter ‚aktiv und gleichberechtigt‘, dem Wettbewerb der ‚Gelben Hand‘ für vorbildliche Initiativen junger Menschen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der umfangreichen Datenbank über gute Beispiele zur Antidiskriminierungsarbeit in den Betrieben, ist es dem Verein gelungen, die Arbeit so zu gestalten, dass diese für die betrieblichen Praktiker nutzbar ist. Diesen Ansatz begrüßt die Gewerkschaft NGG nachdrücklich.“

Die NGG belässt es aber nicht bei einem abstrakten Lob: „Die Gewerkschaft NGG begrüßt diese Aktivitäten außerordentlich und fordert die

NGG-Mitglieder auf, die ‚Gelbe Hand‘ durch ihre Mitgliedschaft zu unterstützen und so die Arbeit zu verbreitern.“ Und im Beschluss wird festgelegt: „Im Rahmen der gemeinsamen Basisfinanzierung durch die DGB-Gewerkschaften wird die Gewerkschaft NGG sich weiter an der Unterstützung des Vereins beteiligen.“

Daneben gibt es auch einen Kritikpunkt. Mit dem Beschluss wird der Hauptvorstand der NGG aufgefordert, dem Vereinsvorstand nahezu legen den Vereinsnamen geschlechtsneutral umzubenennen.

DEMOKRATIE FÖRDERN, RASSISMUS BEKÄMPFEN

Veranstaltung im IG-BCE-Hauptverwaltung Hannover

Wenn Ali Simsir von seiner Familie erzählt, dann leuchten seine Augen: „Wir haben türkische Wurzeln, aber mein Schwager heißt Jens und meine Schwiegertochter ist Russin – Multi-Kulti, das ist eine gelebte Realität im Ruhrpott.“ So veranschaulichte er den Zuhörerinnen und Zuhörern eindrucksvoll, was Vielfalt bedeutet. Denn Ali ist Mitglied des Betriebsrats beim Energieunternehmen Evonik in Marl und war am 21. November einer der Diskutanten auf der Veranstaltung im Hauptgebäude der Gewerkschaft IG BCE in Hannover. Das Thema war „Rechtsextremismus, Diskriminierung und Ungleichbehandlung in der Arbeitswelt – Hand-

lungsmöglichkeiten zur Prävention im Betrieb“. Entstanden ist die Veranstaltung durch die Zusammenarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes mit dem Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ und der Jugendabteilung der IG BCE. Der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, konnte in seiner Eröffnungsrede rund 60 Interessierte begrüßen, darunter die jungen Mitglieder des Berufsbildungsausschusses und des Bundesjugendausschusses der IG BCE. Pollice betonte vor den jungen Zuhörern, wie wichtig es sei, „die Demokratie jeden Tag auf’s Neue zu verteidigen“.

Das unterstrich auch der zweite Teilnehmer der Podiumsdiskussion, Dirk

Assel. Der Präventionscoach des DGB in Sachen Rechtsextremismus engagiert sich im Projekt „Für Demokratie Courage zeigen“, das in Schulen die demokratische Kultur und die Zivilcourage unter den Jugendlichen stärken soll. „Wir brauchen keine Helden, aber Menschen, die hinsehen, wenn Ungerechtigkeiten passieren!“, forderte der Rechtsextremismus-Experte für den Umgang mit Rassismus im Alltag. Ali Simsir beleuchtete hingegen die betriebliche Ebene und konstatierte, dass in seinem Unternehmen, die Betriebsvereinbarung für partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz aktiv mit Leben gefüllt würde, so dass Diskriminierung im

täglichen Miteinander nicht vorkomme. Assel entgegnete, dass dies in großen, gut geführten Unternehmen der Fall sei, aber längst nicht in allen Betrieben.

Bestätigt wurde dies, durch den Fall, den eine junge Teilnehmerin schilderte: als in ihrem Betrieb eine Testwahl vor der Bundestagswahl durchgeführt wurde, schaffte die NPD überraschenderweise die 5%-Hürde. Ali Simsir sah hier einen klaren Handlungsauftrag an die Betriebsräte, aktiv nach den Ursachen des hohen Zuspruchs für die rechtsextreme NPD zu forschen und gegen diese rechten Strömungen im Betrieb vorzugehen. Marco Jelic

BAHN-AZUBIS GEGEN HASS & GEWALT

Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft weiter dabei



Nachdem die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) Anfang des Jahres damit gedroht hatte, aus dem Projekt „Bahn-Azubis gegen Hass & Gewalt“ auszusteigen, ist dies nun erstmal vom Tisch. Unter anderem kritisierte die EVG, dass die Projekte nicht mehr nach marketingtechnischen Gesichtspunkten prämiert werden dürften und sie Bezug zum beruflichen Alltag der Kolleginnen und Kollegen haben müssten. Auch müsse man klare Richtlinien entwickeln, wie man mit diskriminierenden Äußerungen und Handlungen umgeht und die

Auszubildenden müssten entsprechen geschult werden. Mit diesen Forderungen hatte die EVG nun Erfolg. Die Einrichtung eines Runden Tisches wurde beschlossen, ebenso die Schaffung einer Anlaufstelle für Mitarbeiter, die Opfer rechtsextremer Übergriffe wurden. Das Projekt kann nun beruhigt ins dreizehnte Jahr gehen. Im Projektjahr 2012/13 beteiligten sich 550 Azubis der Bahn an fast 80 Projekten. Den ersten Preis gewannen zehn Azubis aus Nürnberg. Diese entwickelten ein Brettspiel, das zum Nachdenken über die Motive für Ge-

walt und den Umgang mit Konfliktsituationen anregen soll. Der zweite Preis ging an fünf Auszubildende aus Neufahrn: Sie entwarfen aus Porträts der Kollegen eine LKW-Plane, um dem Logistikunternehmen der Bahn, DB Schenker, ein Gesicht zu geben. Der dritte Platz ging wiederum an zehn Auszubildende aus Nürnberg: Sie fertigten in Kooperation mit einer Schulklasse eine Holzwürfelinstallation mit Bildern zum Thema kulturelle Vielfalt, die im Nürnberger Hauptbahnhof ausgestellt wurde.

BILDUNG GEGEN RASSISMUS

Seminare des DGB Bildungswerks und des Kumpelvereins



Der betriebliche Alltag bietet bisweilen unangenehme Überraschungen. Zum Beispiel: Rechte Gruppierungen sprechen gezielt Beschäftigte an.

Oder: Beschäftigte verbreiten rechts-extreme Propaganda im Betrieb. Auf solche Situationen sollte man vorbereitet sein. Und man kann sich darauf vorbereiten. Zwei Seminare des DGB Bildungswerks in Zusammenarbeit mit dem Kumpelverein bieten Hilfe bei diversen Problemen mit Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung im Betrieb an: „Rechtsextreme und Rassismus im Betrieb – Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten für Betriebsräte“ vom 27. bis 31. Janu-

ar 2014 in Hamburg und „Argumentationstraining gegen Rechts – Handlungshilfen gegen Diskriminierungen im Betrieb“ vom 24. bis 26. Februar 2014 in Hattingen. Das Hamburger Seminar beleuchtet unter anderem die arbeitsrechtlichen und tariflichen Grundlagen für die Arbeit der Betriebs- oder Personalräte gegen Rechtsextreme und Rassismus. Aufgezeigt werden Interventions- und Handlungsmöglichkeiten. Dazu gehö-

ren etwa Betriebs- und Dienstvereinbarungen. Das Seminar in Hattingen informiert als Argumentationstraining über rechte Parolen und Aussagen und widerlegt sie inhaltlich. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden so darauf vorbereitet, im Betrieb kompetent eingreifen zu können. Weiter Informationen unter: http://www.gelbehand.de/data/kai_dgbbwprogramms28_rechtsextremismus.pdf

RASSISMUS ÜBERWINDEN

DGB und der Zentralrat der Juden fordern Bundesprogramm gegen Rassismus

Der DGB und der Zentralrat der Juden in Deutschland (ZdJ) fordern in einer gemeinsamen Erklärung ein Bundesprogramm gegen Rassismus und Rechtsextremismus. „Die gesellschaftliche Arbeit gegen Rassismus muss aufgewertet und politisch stärker gefördert werden“, begründet DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach die Erwartungen der beiden Organisationen. Für ein solches Programm, so Zentralratspräsident Dieter Graumann, „brauchen wir eine stetige Finanzierung des Bundes, wie sie der NSU-Untersuchungsausschuss in seinem Abschlussbericht mit Nachdruck gefordert hat“. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklung und Steuerung eines solchen Bundesprogramms halten DGB und ZdJ für notwendig. Das vorgeschlagene „Bundesprogramm gegen Rassismus, für Demokratie und Akzeptanz“ hat aus Sicht von DGB und ZdJ folgende Schwerpunkte:

- Auseinandersetzung mit und Intervention gegen Rassismus,

Rechtsextremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie Förderung der Demokratie, der Menschenrechte und der Akzeptanz einer vielfältigen Gesellschaft

- Beratung und Unterstützung von Betroffenen von Straf- und Gewalttaten
- Präventive Maßnahmen zur Bekämpfung der genannten demokratie- und menschenfeindlichen Formen
- Beratung und Unterstützung beim Umgang mit rassistischen und rechtsextremen Erscheinungsformen und
- Tendenzen, insbesondere muss der Ansatz der mobilen Beratung dauerhaft gefördert werden

Als Ziele werden definiert:

- Erweiterung der bisherigen zivilgesellschaftlichen Maßnahmen
- Dauerhafte Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte und Einrichtungen

- Verringerung des Verwaltungsaufwandes bei Beantragung und Abrechnung
- Beteiligung des Deutschen Bundestages bei der Entwicklung und Durchführung des Programms
- Beteiligung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft bei der Entwicklung und Durchführung des Programms

Die Erklärung „Rassismus überwinden, Rechtsextremismus bekämpfen, Demokratie fördern“ haben sich inzwischen eine Reihe weiterer zivilgesellschaftlicher Organisationen angeschlossen, darunter der Deutsche Bundesjugendring, das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e.V., der Interkulturelle Rat in Deutschland, Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V., der Zentralrat der Muslime und der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Die in der Erklärung formulierten Ziele wurden zum Teil auch in den Koalitionsvertrag vom 27. November 2013 aufgenommen. „Positiv

zu bewerten ist, dass die Koalitionsparteien sich die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschuss zu Eigen machen und dabei auch die Verstärkung der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements auf einer gesetzlichen Grundlage vereinbart haben. Allerdings hätten die Koalitionsparteien konkreter formulieren können, wie die Ausgestaltung aussehen soll und wie hoch die künftigen finanziellen Mittel sein sollen. Kritisch muss bewertet werden, dass die Koalitionsparteien die Empfehlung des NSU-Untersuchungsausschuss zur Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Entwicklung und Gestaltung des künftigen Förderprogramms nicht explizit formuliert haben.“, so Volker Roßbocha, politischer Referent beim DGB-Bundesvorstand und stellv. Vorsitzender des Kumpelvereins. Die Erklärung steht im Netz unter: www.dgb.de/-/FH3

DISKREMINIERUNG NICHT HINNEHMBAR

Niedersachsen unterzeichnet Absichtserklärung der ADS



Am 10. Oktober 2013 unterzeichneten bei einer Feier im Gästehaus der Landesregierung Niedersachsens in Hannover, der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil und die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), Christine Lüders, die Absichtserklärung „Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft“. Niedersachsen

ist damit als neuntes Bundesland der „Koalition gegen Diskriminierung“, die von der ADS 2011 ins Leben gerufen wurde.

Mit der Erklärung verpflichten sich die Länder, den Schutz von Benachteiligten als politische Aufgabe zu verankern. Wörtlich heißt es darin: „Diskriminierungen von Menschen aufgrund ihrer ethnischen Herkunft

oder aus rassistischen Gründen, wegen des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität sind nicht hinnehmbar.“

Ein erster Schritt, um der Absichtserklärung konkrete Taten folgen zu lassen, ist die Schaffung eines Modellprojekts „Anonymisierte Bewerbungsverfahren“, das für mehr Gleichbehandlung in der Arbeitswelt sorgen soll. Christine Lüders würdigte die Ankündigung des Ministerpräsidenten: „Das ist ein ganz wichtiges Zeichen gegen den Abbau von Benachteiligungen im Bewerbungsprozess.“

Bei der Feier war auch der Vorsitzende des Kumpelvereins, Giovanni Pollice, zugegen.

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in den letzten Wochen konnte der Verein „*Mach meinen Kumpel nicht an!*“ neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch **Christian Beck**, IG BAU, Bundesjugendsekretär, **Daniela De Ridder Dr.**, MdB, **Udo Eckhoff**, NGG, freigest. Betriebsrat, GBR Vorsitzender, Fa. DMK Deutsches Milchkontor, **Knut Fleckenstein**, MdEP, **Florian Haggenmiller**, DGB Bundesjugendsekretär, **Norbert Maus**, IG BCE, Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der RAG, **Matthias Miersch Dr.**, MdB, **Markus Paschke**, IG Metall, MdB, **Karl Schittenhelm**, NGG, Br-Vorsitzender Fa. Ritter Sport und **Burkhard Siebert**, NGG, stellvertretender Bundesvorsitzender. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.

Nachfolgend die Namen:

- Seluan Al-Chakmakchi**, Mitglied des Stadtelterrates, Bernburg
- Maissun Al-Kaddah**, IG BCE, Doktorandin, Köln
- Gerd Andres**, IG BCE, Staatssekretär a. D., Präsident Deutsch-Türkische Gesellschaft, Hannover
- Muritala Awolola**, Vorsitzender des Pan-Afrikanischen Kulturvereins, Bremen
- Suna Aydin**, IG BCE, Jugendtreffeiterin bei der Fejo GmbH, Ludwigshafen
- Christian Beck**, IG BAU, Bundesjugendsekretär, Frankfurt/Main
- Heinz Berning**, IG BCE, Vorsitzender der Ortsgruppe Aldenrade-Wehofen, Duisburg
- Dennis Dacke**, ver.di, stellv. Vorsitzender der Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung von Karstadt, Berlin
- Daniela De Ridder Dr.**, MdB, Grafschaft Bentheim/ Südliches Emsland
- Udo Eckhoff**, NGG, freigest. Betriebsrat, GBR Vorsitzender, Fa. DMK Deutsches Milchkontor, Zeven
- Karim El-Kubeysi**, NGG, Landesjugendsekretär Landesbezirk NRW, Düsseldorf
- Yesim Erkasap**, IG BCE, Fa. PETRO-FER-CHEMIE, Hildesheim
- Atilla Ersoy**, IG BCE, Fa. Pirelli, Breuberg
- Erdogan Erten**, IG BCE, BR-Mitglied Fa. Pirelli, Breuberg
- Jörg Fehring**, ver.di, Bremerhaven
- Marcus Festerling**, IG Metall Jugend, Wolfsburg
- Knut Fleckenstein**, MdEP, Bundesvorsitzender des ASB Deutschland (Arbeiter-Samariter-Bund), Hamburg
- Christopher Fröb**, Referent, Willy Brandt Haus, Berlin
- Florian Haggenmiller**, DGB Bundesjugendsekretär, Berlin
- Christian Harig**, IG BCE, Hannover
- Isabel Hauschild**, ver.di, Mitglied des Bezirksfachbereichsjugendfachkreises, Berlin
- Peter Holtgreve**, IG BCE, Vertrauensmann, Fa. TÜV NORD Bildung, Recklinghausen
- Hülya Iri**, Vorstandsmitglied Deutsch-Türkisches Netzwerk, Hannover
- Kelle-Jensen Anke**, IG BCE, stellv. BR-Vorsitzende Fa. Houghton (Shell) Macron, Dortmund
- Klaus Lübke**, Bezirksabgeordneter Hamburg Mitte, Hamburg
- Norbert Maus**, IG BCE, Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der RAG, Recklinghausen
- Matthias Miersch Dr.**, MdB, Hannover
- Alexander Münchow**, NGG, Landesjugendsekretär Landesbezirk Südwest, Stuttgart
- Ina Oberländer**, ver.di, Vertreterin der Jugend in der Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst, Düsseldorf
- Markus Paschke**, IG Metall, MdB, Ihlow, Ostfriesland
- Sebastian Ramnitz**, GEW, Referent im Bereich Rechtsextremismus und Botschafter für Demokratie und Toleranz, Vechna
- Dirk Reichstädter**, IG BCE, BR-Mitglied Fa. DMT-Gesellschaft für Lehre und Bildung, Bochum
- Konrad Schatzig**, NGG, Rohrbach
- Karl Schittenhelm**, NGG, Br-Vorsitzender Fa. Ritter Sport, Weil im Schönenbusch
- Thilo Scholle**, ver.di, Vorsitzender des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung (IDA), Lünen
- Isabell Senff**, ver.di, JAV Vorsitzende bei der Deutsche Post AG NL BRIEF, Halle
- Burkhard Siebert**, NGG, stellvertretender Bundesvorsitzender, Hamburg
- Holm-Andreas Sieradzki**, ver.di, Gewerkschaftssekretär im Bereich Jugend beim ver.di Bundesvorstand, Berlin
- Adi Siethoff**, IG BCE, Bezirksleiter Dortmund-Hagen
- Nadine Telemann**, ver.di, Gewerkschaftssekretärin, Berlin
- Hans Theis**, NGG, stellv. BR-Vorsitzender Fa. Zentis, Vorstandsvorsitzender der NGG-Region, Aachen
- Oliver Volmer**, IG Metall, Königsplutter
- Gunter Wachholz**, IG Metall, BR-Mitglied Fa. Volkswagen Wolfsburg, Ratscherr im Rat der Stadt Gifhorn, Gifhorn
- Evelyn Wetzig**, NGG, Verwaltungsangestellte bei der NGG Hauptverwaltung, Hamburg
- André Zeitler**, ver.di, stellv. Mitglied im Bundesjugendvorstand, Göttingen

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!

In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar!

Vielen Dank
Giovanni Pollice
Vorsitzender

Impressum:

HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Volker Roßbocha, DGB
Kai Venohr, DGB-Bildungswerk
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION

Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION

Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE, Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

WEB

www.gelbehand.de
www.facebook.de/gelbehand

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900